

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: BAG Energie
Beschlussdatum: 07.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 675 bis 679:

sicherzustellen, werden wir, wie rechtlich vorgesehen, das aktuelle Klimaschutzgesetz evaluieren und ~~entsprechend die Verantwortung von Sektoren stärken, in denen Klimaschutz zu wenig vorankommt. Würden Ziele verfehlt, drohen Deutschland teure Strafzahlungen und zukünftig höhere CO₂-Preise, beides wollen wir für öffentliche Haushalte und Bürger*innen vermeiden.~~ verbindliche Verantwortlichkeiten für die Zielerreichung in den einzelnen Sektoren festlegen. Bei prognostizierter längerfristiger Zielverfehlung soll in den jeweiligen Sektoren nachgesteuert werden, denn andernfalls drohen Deutschland teure Strafzahlungen und zukünftig höhere CO₂-Preise, beides wollen wir für öffentliche Haushalte und Bürger*innen vermeiden. Um die Zielverfehlung zu vermeiden, führen wir einen Klimacheck ein, der Transparenz über die THG-Wirkung politischer Vorhaben und Ausgabentitel schafft.

Begründung

Dieser Änderungsantrag basiert auf dem entsprechenden Projekt zur KSG-Novelle, das als Ergebnis der Clustersitzung der Öko-BAGen im September bei der Wahlprogrammschreibgruppe eingereicht wurde. Uns als BAGen ist dabei die Festlegung klarer Verantwortlichkeiten für die Zielerreichung besonders wichtig, was in der vergangenen KSG-Novelle verwässert wurde.